

Subjektive Sicherheit und Lebensqualität

- Eine empirische Untersuchung in Hoyerswerda -

Von Prof. Dr. Joachim Burgheim und Prof. Dr. Anton Sterbling, Rothenburg, OL

Prof. Dr. Joachim Burgheim
Professur für Psychologie, Fachhochschule für Polizei Sachsen



Prof. Dr. Anton Sterbling
Professur für Soziologie, Fachhochschule für Polizei Sachsen



Der Name der Stadt Hoyerswerda ist seit Anfang der neunziger Jahre auf Grund bestimmter, alarmiert wahrgenommener und zugleich moralisch erregt in den Massenmedien dargestellter Ereignisse in der deutschen Öffentlichkeit und darüber hinaus hinreichend bekannt. Die soziale Realität und die spezifischen Probleme dieser im nordöstlichen Teil des Freistaates Sachsen gelegenen Stadt, die im Juni 1998 rund 54.244 Einwohner zählte und zu diesem Zeitpunkt - trotz eines beachtlichen wirtschaftlichen Strukturwandels - eine Arbeitslosenquote von rund 24 Prozent aufwies, dürfte indes weitgehend unbekannt sein. In diesem Beitrag werden daher einige wichtige Ergebnisse einer empirischen Untersuchung dargestellt, in der es um die subjektive Wahrnehmung bestimmter Aspekte der inneren Sicherheit und anderer für die Lebensqualität der Menschen wichtiger Lebensbereiche ging. Es handelt sich um eine wissenschaftliche Begleituntersuchung im Rahmen des „Aktionsbündnisses - Sichere Sächsische Städte“, die sich hauptsächlich auf eine schriftliche Befragung stützt, die im Juni 1998 in der Stadt Hoyerswerda durchgeführt wurde. Diese Untersuchung griff sowohl Konzepte und Ergebnisse der aktuellen sozialpsychologischen und kriminologischen Forschung (z. B. Feltes 1995; Legge/Bathsteen/Harenberg 1994; Legge/Bathsteen 1996) wie auch ältere und neuere Forschungsergebnisse zur Lebensqualität und Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Glatzer/Zapf, 1984; Glatzer/Noll, 1995; Zapf, 1996) auf.

Die vorliegenden Ergebnisse können - dies sei im Vorgriff auf die folgenden Ausführungen gesagt - das nicht zuletzt durch das Zutun der Massenmedien weitgehend verzerrte Bild der Stadt Hoyerswerda und seiner Bewohner doch in vielen Hinsichten korrigieren.

Für die Befragung wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe von 2.000 Personen der Wohnbevölkerung von Hoyerswerda ab dem 14. Lebensjahr gezogen. Die Rücklaufquote betrug rund 36 Prozent. Bei den meisten Fragen konnten in der Auswertung rund 700 Fälle berücksichtigt werden, so dass eine hinreichend breite Grundlage für die Verallgemeinerbarkeit einzelner Analyseergebnisse und Befunde gegeben erscheint. Es wurde ein weitgehend standardisierter Fragebogen eingesetzt, der 61 geschlossene und 5 offene Fragen umfaßte. Ganz grob zusammengefaßt, bezogen sich die Einzelfragen auf folgende Fragenkomplexe: Soziale Probleme und die Problematik der inneren Sicherheit in der Sicht der Befragten; Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen und mit der inneren Sicherheit; Subjektive Angst vor Kriminalität; Eigene und indirekte Kriminalitätserfahrungen; Kontakte zur Polizei und Bewertung des Polizeiverhaltens; Wahrnehmung und Bewertung der Kriminalität und anderer kommunaler Probleme; Zufriedenheit mit sicherheitsrelevanten staatlichen Institutionen; Sozialdemographische Gegebenheiten und ihre Einflüsse; Wohndauer, Wohngegend und soziale Integration und ihre Einflüsse; Anregungen und Vorschläge der befragten Bürger.

Bei der Eingangsfrage nach den drei wichtigsten Problemen der Stadt ergab sich, dass die Arbeitslosigkeit in der Sicht der Befragten als das mit Abstand wichtigste Problem erscheint. Über die Hälfte der Befragten (53 Prozent) sieht darin das wichtigste Problem, zwei Drittel der befragten Bevölkerung (66 Prozent) sehen darin eines der drei wichtigsten Probleme der Stadt. Danach folgen aber gleich die Probleme der Sicherheit und Ordnung, Sicherheit und Ordnung, Sauberkeit und Ordnung, Kriminalität, Jugendkriminalität und Bandenwesen sowie Vandalismus und Rowdytum halten rund 22 Prozent der Befragten für die wichtigsten Probleme der Stadt. Noch erheblich größer erscheint die Bedeutung dieser Probleme, wenn man die Häufigkeit ihrer Nennung unter den drei wichtigsten kommunalen Problemen berücksichtigt. Im Vergleich zu diesen Problemen erscheinen andere Probleme wie unzureichende Freizeitangebote für Jugendliche und Kinder, Wirtschaftsprobleme und Infrastrukturprobleme von geringerer Relevanz. Den auf die Polizei und Polizeiarbeit bezogenen Problemen wird hingegen, ähnlich wie anderen öffentlichen Problemen (zum Beispiel Umweltfragen, dem politischen Extremismus oder der Ausländerproblematik), eine vergleichsweise geringe Bedeutung beigemessen. Was die subjektive Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen betrifft, so ist nicht nur eine relativ hohe Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lebenssituation insgesamt (75 Prozent der Befragten sind damit sehr zufrieden oder eher zu-

frieden) und mit den materiellen Lebensbedingungen (70 Prozent sehr zufrieden oder eher zufrieden) zu konstatieren. Auch im Hinblick auf andere Lebensbereiche wie medizinische Versorgung, Wohnungslage, soziale Einrichtungen, Verkehrsinfrastruktur, kulturelle Angebote und Einrichtungen sowie Familie und Partnerschaft ist eine ähnliche - teilweise sogar etwas höhere, teilweise etwas geringere - subjektive Zufriedenheit festzustellen. Eine merklich geringere subjektive Zufriedenheit ist indes hinsichtlich der Beschäftigungslage und der Arbeitsbedingungen, der Einkommenslage und vor allem hinsichtlich der Beteiligungschancen und Mitwirkungsmöglichkeiten zu registrieren. Weit mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) sind mit den Partizipationsmöglichkeiten eher unzufrieden (39 Prozent) oder sehr unzufrieden (16 Prozent).

Noch bedenklicher erscheinen die Zufriedenheitswerte im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit. Sehr zufrieden oder eher zufrieden mit der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland sind lediglich 15 Prozent der Befragten. Mit der öffentlichen Sicherheit im Freistaat Sachsen sind rund 30 Prozent, mit der öffentlichen Sicherheit in Hoyerswerda etwa ein Drittel (34 Prozent) sehr zufrieden oder eher zufrieden. Rund zwei Drittel sind damit eher unzufrieden oder sehr unzufrieden. Selbst wenn man die allgemeine Neigung bedenkt, dass Befragte öffentliche und insbesondere politisch verantwortete lebensqualitätsrelevante Dinge kritischer als Lebensbereiche beurteilen, für die sie selbst verantwortlich oder mitverantwortlich sind, ist die Diskrepanz zwischen der auf die öffentliche Sicherheit bezogenen Zufriedenheit und der Zufriedenheit mit anderen Lebensbereichen doch so auffallend groß, dass hier ein wichtiger Belastungsfaktor der Lebensqualität gesehen werden muß. Dies wird nicht zuletzt durch die Antworten auf die Fragen nach der subjektiven Angst vor Kriminalität bestätigt.

Über ein Drittel der befragten Personen (37 Prozent) fühlen sich in der eigenen Wohngegend, unabhängig von der Tageszeit, nicht sicher, das heißt „ziemlich unsicher“ oder „sehr unsicher“. Knapp die Hälfte (45 Prozent) gibt an, nachts auf der Straße Angst vor Straftaten zu haben. Dieser Wert liegt etwa doppelt so hoch wie der entsprechender Befragungsergebnisse in Baden-Württemberg (Fettes, 1995; Obergfell-Fuchs/Kury, 1995). Die emotional-affektive Kriminalitätsfurcht spiegelt sich auch auf der rationalen Ebene in der Einschätzung der Viktimisierungsgefahr wider. 23 Prozent der Befragten denken sehr oft oder oft daran, Opfer einer Straftat werden zu können.

Ebenso kann die Kriminalitätsfurcht auf der Verhaltensdimension abgelesen werden. So geben nahezu die Hälfte der Befragten (47 Prozent) an, dass sie beim letzten nächtlichen Ausgang bestimmte Straßen und Orte aus Angst vor Gefährdungen gemieden haben. Auf die Verbrechenfurcht haben, wie auch andere Untersuchungen zeigten, soziodemographische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Erwerbsstatus einen deutlichen Einfluß. Was die Fragen zu den eigenen und indirekten Kriminalitätserfahrungen betrifft, so gaben 265 Personen (37 Prozent) an, in den letzten 12 Monaten Opfer eines der von uns genannten Delikte geworden zu sein. Am häufigsten, das heißt von 27 Prozent der Befragten, wurden dabei Anpöbelung und Belästigung genannt. 13 Prozent wurden Opfer von Diebstahl oder Einbruch, 3 Prozent Opfer von Körperverletzung oder einer sonstigen Gewalttat und 2 Prozent Opfer von Raub oder Erpressung. 10 Personen (1,39 Prozent) wurden in den letzten 12 Monaten sexuell belästigt, 3 Frauen (0,42 Prozent) gaben für den gleichen Zeitraum an, Opfer einer sexuellen Nötigung bzw. (versuchten) Vergewaltigung geworden zu sein. Die Werte bei den indirekten Kriminalitätserfahrungen, das heißt bei Vorfällen, in denen Familienangehörige, Freunde oder Bekannte Kriminalitätsoffer geworden sind, liegen erwartungsgemäß noch etwas höher. 28 Prozent der Befragten gaben an, dass Familienangehörige, Freunde oder Bekannte Opfer von Einbruch oder Diebstahl wurden. Bei Körperverletzung oder sonstigen Gewalttaten liegt dieser Anteil bei 13 Prozent, bei Raub oder Erpressung bei 7 Prozent, bei sexuellen Belästigungen bei 4 Prozent und bei sexueller Nötigung bei knapp 2 Prozent.

Auf den ersten Blick im Gegensatz zu anderen Befunden, die nur bedingt einen Zusammenhang zwischen eigenen Opfererfahrungen und Verbrechenfurcht festgestellt haben (Obergfell-Fuchs/Kury, 1995; 1996), hat sich in unserer Untersuchung durchaus ein solcher Zusammenhang gezeigt. Nur 22 Prozent der Personen mit Opfererfahrungen fühlen sich sehr sicher oder eher sicher, bei den nichtviktimisierten Personen sind dies hingegen 32 Prozent. Die näheren Analysen relativierten diesen Zusammenhang allerdings insofern, als sich ergab, dass insbesondere Anpöbelungen und Belästigungen, also vergleichsweise „harmlose“ Opfererfahrungen, wohl den größten Einfluß auf die Verbrechenfurcht ausüben.

Des weiteren ergab sich, dass knapp ein Drittel der Kriminalitätsoffer Kontakt zur Polizei hatte. Die Bereitschaft der Opfer, Kontakte zur Polizei aufzuneh-

men, läßt keinen signifikanten Zusammenhang mit der Zufriedenheit der betreffenden Personen mit der inneren Sicherheit oder mit der Arbeit der Polizei erkennen, sie hängt aber stark - wohl nicht zuletzt aus versicherungsrechtlichen Gründen - mit den Deliktarten zusammen. Bei Einbruch und Diebstahl ist die Anzeigerate relativ hoch (72 Prozent), bei Gewaltdelikten weit niedriger (35 Prozent), bei Sexualdelikten scheint die Anzeigebereitschaft indes besonders gering zu sein.

Von den Personen, die als Opfer Kontakt zur Polizei hatten, meinten 9 Prozent, dass die Polizeibeamten ihnen sehr viel, und 27 Prozent, dass die Polizei ihnen viel geholfen habe. 49 Prozent äußerten, dass die Polizei ihnen wenig, und 15 Prozent, dass die Polizei ihnen gar nicht geholfen hat bzw. helfen konnte. Mit dem Verhalten der Polizei waren 14 Prozent der Opfer, die Kontakt zur Polizei hatten, sehr zufrieden und 44 Prozent eher zufrieden, während sich 31 Prozent diesbezüglich eher unzufrieden und 11 Prozent sehr unzufrieden geäußert haben.

Wie in anderen Untersuchungen haben wir auch nach den subjektiven Bedrohungsvorstellungen und Viktimisierungserwartungen gefragt. Dabei ergab sich, dass sich bei Diebstahl und Einbruch nur 20 Prozent, bei Gewalttaten nur 28 Prozent, bei Raub und Erpressung rund 36 Prozent und bei Sexualdelikten rund 70 Prozent der Befragten „gar nicht“ bedroht sehen. Allerdings hält sich auch das Ausmaß der sehr stark oder stark ausgeprägten Bedrohungserwartung ziemlich in Grenzen. Bei den meisten Deliktarten geben die Befragten am häufigsten an, dass sie sich „etwas“ bedroht fühlten. Es ist also eher von einem latenten und diffusen Bedrohungsgefühl als von einer akuten Bedrohungswahrnehmung auszugehen. Dies läßt gleichsam erwarten, dass gezielte Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen hier nicht nur durchaus angebracht sind, sondern wohl auch manches bewirken könnten.

Im Hinblick auf die Frage nach dem Ausmaß der Beunruhigung wegen verschiedener Delikte und Gefahren der persönlichen und öffentlichen Sicherheit stellte sich heraus, dass die größte Beunruhigung wegen Vandalismus und Rowdytum (63 Prozent), Diebstahl und Einbruch (53 Prozent), Verkehrsrowdytum (43 Prozent) und Gewaltdelikten (33 Prozent) besteht. Eine geringere Beunruhigung geht nach der Meinung der Befragten von Sexualdelikten (23 Prozent), von der Rauschgiftkriminalität (21 Prozent) oder vom politischen Extremismus (20 Prozent) aus. Umweltdelikte (8 Prozent) oder Grenzdelikte (3 Prozent) werden hingegen nur als geringe Beunruhigungs-

gründe wahrgenommen. –

Was die Beunruhigung über bestimmte Probleme und Erscheinungen in Hoyerswerda betrifft, so stehen hier das Erscheinungsbild von Randgruppen (Obdachlosen, Alkoholikern u.ä. Gruppen) in der Öffentlichkeit, die Unsauberkeit der Stadt, das Verhalten von Jugendgruppen und Verunstaltungen durch Graffiti im Vordergrund. Diese Probleme werden von rund der Hälfte der Befragten als beunruhigend empfunden. Andere Gegebenheiten wie zum Beispiel Verkehrsprobleme, unzureichende Straßenbeleuchtungen, Häuserruinen u.ä. tragen indes weit weniger zur Beunruhigung bei.

Bei der Frage nach den Faktoren, denen ein maßgeblicher Einfluß auf die persönliche und öffentliche Sicherheit beigemessen wird, wurde mit großem Abstand zunächst auf die Arbeitslosigkeit (88 Prozent) verwiesen, aber auch der Rolle des Elternhauses (48 Prozent) und dem Verhalten der Justiz (48 Prozent) wurde große Relevanz beigemessen. Als Faktoren von mittlerem Gewicht und Bedeutung wurden: das Verhalten der Polizei (30 Prozent), die Wirkung der Massenmedien (30 Prozent), Schule und Bildung (27 Prozent), Wertewandel (23 Prozent), die Grenznahe zu Polen und Tschechien (22 Prozent), die Wohlstandslage (21 Prozent), die politischen Parteien (19 Prozent), die Wohnbedingungen (19 Prozent), der Ausländeranteil und das Verhalten der Ausländer (15 Prozent), die städtische Infrastruktur (14 Prozent) und die Europäischen Entwicklungen (12 Prozent) angesprochen. Anderen Faktoren wie dem Verhalten der Kirchen oder dem Globalisierungsprozeß wurde indes nur geringe Bedeutung zugesprochen.

Neben den Fragen nach der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und mit anderen lebensqualitätsrelevanten Gegebenheiten und Lebensbereichen interessierte uns auch die subjektive Zufriedenheit mit den Beiträgen und der Arbeit verschiedener wohlfahrts- und sicherheitsproduzierender staatlicher Institutionen. Hierbei zeigte sich, dass lediglich rund ein Drittel der Befragten mit dem Beitrag der Landesregierung zur Lösung von Sicherheitsproblemen zufrieden, das heißt sehr zufrieden oder eher zufrieden, ist. Mit dem Sicherheitsbeitrag und der Tätigkeit der Stadtverwaltung von Hoyerswerda erklärten sich rund 47 Prozent der Befragten zufrieden. Mit der Arbeit der Polizei in Sachsen und in Hoyerswerda waren indes mehr als die Hälfte der Befragten (rund 55 Prozent) zufrieden. Weniger zufrieden zeigte man sich hingegen mit der Anwesenheit der Polizei in den Straßen von Hoyerswerda. Damit sind nur rund ein Drittel der Befragten

zufrieden und fast ein Fünftel (19 Prozent) sehr unzufrieden.

Weitere Fragen bezogen sich darauf, ob sich die Befragten in bestimmten Straßen oder an bestimmten Plätzen der Stadt bedroht fühlten. Rund die Hälfte (51 Prozent) haben diese Frage bejaht. Als bedrohliche Gegenden wurden dabei am häufigsten die Altstadt und die Bahnhofsgegend (142 Nennungen), das Stadtzentrum (109 Nennungen), die Wohnkomplexe 8, 9 und 10 (90 Nennungen), die Umgebung des „Scene-Clubs“, ein Treffpunkt links- und rechtsradikaler Jugendlicher (65 Nennungen), sowie Parks und Grünanlagen (61 Nennungen) bezeichnet.

Mit den offenen Fragen am Ende des Fragebogens sollten Vorschläge und Anregungen der befragten Bürger zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit, zum besseren Schutz der Bürger und zur Arbeit der Polizei eingeholt werden. Zunächst läßt sich als ein wichtiger Befund festhalten, dass sich 377 Personen für mehr Polizeieinsätze und Polizeipräsenz, insbesondere in den Nachtstunden, aussprechen. Mehr Bürgernähe der Polizei erwarten 81 Befragte, mehr Kompetenzen für die Polizei verlangen 76 und eine bessere Ausstattung, Qualifikation und psychologisch-motivationale Einstellung der Polizeibeamten 66 Befragte. Für eine freiwillige Polizei, Bürgerwehr oder Bürgerpolizei sprachen sich 78 Personen, für die Wiedereinführung der Abschnittsbevollmächtigten 57 und für kostengünstige Selbstverteidigungskurse (für Frauen) 12 Befragte aus. Andere Vorschläge betonen stärker bestimmte repressive Aspekte. 137 Befragte fordern härtere Gesetze oder ein härteres Durchgreifen der Sicherheitskräfte, 45 ein rascheres Eingreifen der Polizei. Auch das öffentliche Bekanntmachen von Straftätern und substantielle Wiedergutmachungsaufgaben für Straftäter werden gefordert. Eher in die sozialpräventive Richtung gehen Vorschläge, die sich auf bessere Freizeitmöglichkeiten, insbesondere für Jugendliche und Kinder (96 Nennungen) und mehr Arbeitsplätze und Lehrstellen (91 Nennungen) beziehen. Desgleichen werden bessere Verkehrsverhältnisse (71 Nennungen) und Straßenbeleuchtungen (37 Nennungen) gefordert. Schließlich wird von 27 Befragten auch eine bessere polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit angeregt.

Zu der Untersuchung in Hoyerswerda liegt ein vorläufiger Bericht vor. Eine Buchpublikation ist erfolgt (Burgheim/Sterbling 1999). Wir hoffen durch diese auf der Grundlage erfahrungswissenschaftlicher Forschungsergebnisse verfaßten Arbeiten, zu einem differenzierteren und realitätsnäheren Bild der Stadt Hoy-

erswerda, seiner sozialen Wirklichkeit und spezifischen Probleme beitragen zu können.

Literatur

Burgheim, J./Sterbling, A., 1999: Hoyerswerda - Modell kommunaler Kriminalprävention in Sachsen, Konstanz

Feltes, T. (Hrsg.), 1995: Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten, Holzkirchen/Obb.

Glatzer, W./Zapf, W. (Hrsg.), 1984: Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt a. M.-New York

Glatzer, W./Noll, H.-H. (Hrsg.), 1995: Getrennt - Vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung, Frankfurt a. M.-New York

Legge, I./Bathsteen, M./Harenberg, R., 1994: Kriminologische Regionalanalyse: Hamburg-Altona. Methodische Grundlagen lokaler Sicherheitsdiagnosen, Hamburg

Legge, I./Bathsteen, M., 1996: Kriminologische Regionalanalyse Hamburg. Band II: St. Georg, Altona, Billstedt, Bergedorf. Lokale Sicherheitsdiagnosen für vier Stadtteile, Hamburg

Obergfell-Fuchs, J./Kury, H., 1995: Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention - Analysen anhand der Bevölkerungsbefragung in den Projektstädten und der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage, in: Feltes, T. (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten, Holzkirchen/Obb. (S. 31-68)

Obergfell-Fuchs, J./Kury, H., 1996: Sicherheitsgefühl und Persönlichkeit, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 2 (S. 97-111)

Zapf, W., 1996: Zwei Geschwindigkeiten in Ost- und Westdeutschland, in: Diewald, M./Mayer, K.-U. (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß, Opladen (S. 317-328)